



Begrüßungsrede
Hans-Jürgen Müller, Vorstandsvorsitzender des IKK e.V.
31. Plattform Gesundheit
„Neustart für die Gesundheitspolitik? Impulse und Perspektiven
für die 21. Legislaturperiode“
9. April 2025

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter aus dem Deutschen Bundestag und aus den Bundesministerien,
sehr geehrte Mitdiskutierende hier auf dem Podium,
meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe digitalen Teilnehmer,

ich begrüße Sie – auch im Namen meines Vorstandskollegen Hans Peter Wollseifer, der aus Termingründen heute leider nur online teilnehmen kann – zur aktuellen Plattform Gesundheit des IKK e.V. unter dem Titel „Neustart für die Gesundheitspolitik? Impulse und Perspektiven für die 21. Legislaturperiode“. Ebenfalls hat leider Herr Abgeordneter Dr. Grau von den Grünen kurzfristig wegen einer Fraktionssitzung abgesagt und Dr. Pantazis ist aus Termingründen heute zugeschaltet.

Wir haben ja gewusst, dass wir uns dieses Mal mit dem Thema unserer heutigen Plattform Gesundheit sozusagen direkt ins Auge des Orkans begeben haben. Dass wir nun so aktuell sind und die Veröffentlichung des Koalitionsvertrags quasi zeitgleich mit dem Veranstaltungsbeginn stattfindet, das hätten wir nun nicht geglaubt. Aber so ist es eben und es ist nicht das erste Mal, dass wir flexibel auf politische Vorgaben reagieren müssen.

Vor zwei Stunden sind erste Details des wohl 130-seitigen Vertrags bekannt geworden, vor allem Antworten auf strittige Finanz- und Rentenfragen. Beispielsweise soll der Rest-Soli bleiben, die Mietpreisbremse wird um zwei Jahre verlängert, die Aktivrente kommt ab 2026 und das Rentenniveau soll bei 48 Prozent festgeschrieben werden bis 2031.

Zu unseren drängenden Themen habe ich bisher nichts vernommen, aber vielleicht erfahren wir von Herrn Abgeordneter Dr. Kippels von der CDU, und Herrn Abgeordneter Dr. Pantazis von der SPD, die ich an dieser Stelle als Podiumsteilnehmer herzlich begrüßen möchte, gleich etwas mehr?

Normalerweise zeigen wir Ihnen vor Beginn unserer Veranstaltung einen Trailer, der die aus unserer Sicht kritischen Punkte und Fehlentwicklungen im Gesundheitswesen beleuchtet und dieses Mal auch die „offenen Baustellen“ der neuen Bundesregierung benennt. Wir haben gehadert, ob wir den Trailer, der auf dem Stand der Ergebnisprotokolle der Arbeitsgruppen die Situation beleuchtet, zeigen oder nicht. Aber wir wollen der aktuellen Diskussion mit den beiden Politikern Dr. Pantazis und Dr. Kippels mit unseren Sozialpartnern Jörg Dittrich, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), Mitglied im Verwaltungsrat der IKK classic, und Ralf Reinstädter, Verwaltungsratsvorsitzender der IKK Südwest, Vorstandsmitglied der IG Metall, den Vorrang geben.



Sie werden den Trailer aber auf unserer Webseite finden.

Aber gestatten Sie mir, dass ich zu den aus unserer Sicht wichtigsten Punkte doch kurz Stellung nehme: Allen voran ist eine gesicherte und gerechte Finanzierung als Grundlage für ein nachhaltiges, versorgungsorientiertes, leistungsstarkes und modernes Gesundheitssystem uns wichtig.

Wir Innungskrankenkassen begrüßen deshalb die Ergebnisse der AG 6 „Gesundheit und Pflege“. Offenbar hat die Politik erkannt, dass die Dynamisierung des Bundeszuschusses, der gerechte Ausgleich der Versorgungsaufwendungen für Bürgergeldempfänger sowie die Gegenfinanzierung von versicherungsfremden Leistungen eine solide Finanzbasis schaffen.

Die Erstattung entlastet, so die Berechnungen der AG 6, die GKV um immerhin 10,7 Milliarden Euro. Das sind rund 0,5 Beitragssatzpunkte, um die der Zusatzbeitragssatz entlastet würde. Denn hier geht es ja in erster Linie nicht um „Mehr-Geld-ins-System“, was uns immer vorgeworfen wird, sondern um die Entlastung der Beitragszahlenden, also der Versicherten und Arbeitgeber.

Als wir die dünnen drei Sätze, die im Sondierungspapier zum Thema Gesundheit niedergeschrieben wurden, gelesen haben, waren wir schockiert. Aber zum Glück haben die Fachleute in der Arbeitsgruppe gezeigt, dass sie gemeinsam ein Verständnis für die Dringlichkeit der Lage haben.

Wenn die Pläne zur Finanzierung des Gesundheitswesens aus dem Ergebnispapier der AG 6 tatsächlich so Eingang in den Koalitionsvertrag finden, dann möchte ich der schwarz-roten Regierung ein großes Lob aussprechen.

Als langjähriger versichertenseitiger Vorstand des Verwaltungsrates der IKK gesund plus und Mitglied im Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes bin ich jedoch auch Realist, meine Damen und Herren. Ich bin mir bewusst, dass die Vorschläge der AG „Gesundheit und Pflege“ erst noch die Hürde der Finanzierung überspringen müssen.

Und die Dynamisierung des Bundeszuschusses und die Anhebung der Beiträge für Bürgergeldbeziehende sind schon bei besseren Haushaltslagen und politisch stabileren Zeiten nicht umgesetzt worden. Daher hege ich Bedenken, ob der Finanzausgleich in diesem Koalitionsvertrag eins zu eins festgeschrieben werden kann. Wir werden es wohl heute Abend wissen...

Wenn die Finanzierung der GKV erneut hinten runterfällt, dann sieht es düster für unser Gesundheitswesen aus. Denn die Schröpfung der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler, also der Versicherten und Arbeitgeber, über eine permanente Erhöhung der Zusatzbeiträge ist keine Option! Dies belastet die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genauso wie die Wirtschaft und gefährdet den sozialen Frieden und könnte letztlich unsere Demokratie destabilisieren – etwas, das wir uns in diesen ungewissen Zeiten nicht leisten können.

Die Absicherung des Gesundheitsfonds durch Steuermittel alleine reicht aber perspektivisch nicht aus. Wir müssen dringend die Ausgabenseite angehen und Einnahmen sowie Ausgaben in Einklang bringen.



Deshalb ist es richtig, dass der Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes am 27. März zum Schutz der Beitragszahlenden ein Ausgabenmoratorium in Form einer Grundlohnsummenanbindung der Leistungsausgaben, bis die notwendigen Strukturreformen greifen, forderte. Ja, wir brauchen eine Bremse bei dem fortwährenden Ausgabenanstieg! Wir können uns keine Preis- oder Honorarerhöhungen mehr leisten, die über die laufenden Einnahmen hinausgehen.

Und leider klafft hier in dem Ergebnispapier der Arbeitsgruppe 6 eine Lücke, die wohl auch nicht vom Koalitionsvertrag geschlossen werden wird. Im Gegenteil werden weitere Ausgabensteigerungen in Kauf genommen, so in der Frage der Weiterentwicklung des AMNOG und der Fortführung des Pharmadialogs oder durch die weitere Entbudgetierung.

Allein mehr Geld in das System zu pumpen, kann nicht die Lösung sein, und damit würden wir uns nicht einverstanden erklären.

Uns geht es primär um eine verbesserte Versorgung der Patientinnen und Patienten. Leider müssen wir feststellen, dass das Gesundheitswesen aus der 20. Legislaturperiode mit erheblichen Versorgungslücken hervorgeht, die dringend Strukturreformen erfordern.

Für uns Innungskrankenkassen stehen dabei, wie im Trailer bereits erwähnt, die Überwindung der Sektorengrenzen, eine bundeseinheitliche Krankenhausversorgung und das Primärarztmodell im Vordergrund. Es ist erfreulich, dass die Koalitionäre das Thema Primärversorgung aufgegriffen haben. Alle gingen im Vorfeld davon aus, dass dieser Punkt auch im Koalitionsvertrag aufgegriffen wird.

Positiv stimmt uns auch, dass in Bezug auf die Terminvergabe Bewegung in die Sache kommen soll, und dass mit der Notfallreform sowie dem Pflegekompetenzgesetz die beiden liegegebliebenen Reformprojekte aus der letzten Legislaturperiode zügig in der 21. Wahlperiode abgeschlossen werden sollen.

Darüber hinaus erkennen wir, die Bemühungen der Politik an, zu einer verstärkten Prävention in den unterschiedlichen Lebensbereichen zu kommen.

Wir wünschen uns eine progressivere Gesundheitspolitik. Sollten die positiven Impulse der Arbeitsgruppe Gesundheit in den Koalitionsvertrag integriert und umgesetzt werden, hat die schwarz-rote Regierung die Chance, ihre politische Glaubwürdigkeit wiederherzustellen und das Vertrauen der Menschen in unsere sozialen Sicherungssysteme zu stärken.

Hier spielt die Selbstverwaltung eine entscheidende Rolle. Sie ist nicht nur verfassungsmäßig verankert, sondern auch ein demokratisches Fundament, das Vertrauen und Handlungsfähigkeit erfordert. Die Bundesregierung sollte die Selbstverwaltung stärken und die Verantwortung der Krankenkassen als Anwälte der Versicherten ausbauen, indem sie ihnen Klagerechte bezüglich Finanzierungszuständigkeiten einräumt. Nur so kann die Selbstverwaltung ihre Aufgaben erfüllen und die Strukturen der Sozialversicherung stärken.

Die Innungskrankenkassen sind stolz auf ihre paritätische Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung zeigt immer wieder, dass sie zu einem Interessenausgleich in der Lage ist. So haben wir in unserer letzten Mitgliederversammlung zusammen mit dem DGB und dem ZDH gemeinsam Anforderungen an eine notwendige Reform formuliert.



Herr Dittrich und Herr Reinstädtler stehen für dieses gemeinsame Engagement und sie werden als Sozialpartner aber sicherlich noch einmal eine andere Perspektive auf die kommende Gesundheitspolitik in unsere Diskussion einbringen.

Bevor ich nun an die Diskutanten übergebe, möchte ich ganz herzlich Frau Julia Klann, unsere neue Moderatorin und einzige Frau in dieser Runde willkommen heißen. Leider konnten die angefragten Politikerinnen aus den verschiedenen Fraktionen aus Termingründen nicht kommen. Umso mehr freuen wir uns, dass Frau Klann bei dieser besonderen Plattform Gesundheit die Diskussionsrunde leiten wird. Frau Klann ist freie Journalistin in Berlin und bereitet tagesaktuelle Themen für vor allem elektronische Medien auf.

Frau Klann, ich übergebe Ihnen nun gerne das Wort und wünsche uns allen eine spannende und anregende Podiumsdiskussion. Bleiben Sie gesund!

Kontakt und Information:

Iris Kampf
Pressesprecherin des IKK e.V.
Tel.: +49 30 202491-32
Mobil: +49 170 9109103
E-Mail: iris.kampf@ikkev.de